



# aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

## Soli wird weitgehend abgeschafft

**Der Deutsche Bundestag hat gestern endlich das Gesetz zur Rückführung des Solidaritätszuschlags 1995 beschlossen. Damit wird der Soli für über 90 Prozent der Steuerzahler komplett abgeschafft und für weitere 6,5 Prozent deutlich reduziert.**

Dies entlastet Millionen von Steuerzahler in Deutschland. Sie alle werden ab dem Jahr 2021 deutlich mehr Geld in der Tasche haben: Ehepaare bis zu 2000 Euro, Einzelpersonen bis zu 960 Euro im Jahr. Damit haben wir die größte Steuersenkung seit über 15 Jahren beschlossen.

Ein Wermutstropfen für CDU und CSU bleibt dabei: Die vollständige Abschaffung für alle

Steuerzahler war mit der SPD bereits in den Koalitionsverhandlungen nicht zu machen. Für uns ist daher klar, dass der gestrige Beschluss nur ein erster Schritt zum Abbau des gesamten Solidaritätszuschlages sein kann. Unser Vorschlag lautet, den Steuersatz des Soli ab 2022 jährlich um 1,1 Prozent zu reduzieren, bis er so 2026 völlig verschwunden ist. Allerdings wird dies in der aktuellen Koalition höchstwahrscheinlich nicht zu beschließen sein.

Trotzdem dürfen wir als Unionsparteien stolz sein, dass wir diesen ersten Entlastungsschritt durchsetzen konnten, der sich im Jahr 2024 bereits auf über 12 Milliarden Euro belaufen wird. ■

## Klimaschutzpaket verabschiedet

**Nur zwei Monate nach der Einigung über die Eckpunkte zum Klimaschutz in Deutschland hat das Parlament in dieser Woche wesentliche Schritte für die Erreichung unserer Klimaziele beschlossen.**

Dabei setzen wir durch Maßnahmen und Förderprogramme gezielte Anreize zur Reduktion von CO<sub>2</sub>. In einem zweiten Schritt verteuern wir CO<sub>2</sub> durch einen nationalen Zertifikatehandel für fossile Kraft- und Brennstoffe.

Konkret vorgesehen ist beispielsweise die steuerliche Förderung bei energetischen Sanierungsmaßnahmen an selbstgenutztem Wohneigentum ab 2020. Zudem werden Pendler ab 1. 1. 2021 befristet bis zum 31. 12. 2026 durch das Anheben der Entfernungspauschale ab dem 21. Kilometer auf 35 Cent entlastet. Damit sollen

Mehrbelastungen aus erhöhten Benzinpreisen kompensiert werden.

Um mehr Menschen dazu zu bewegen, im Fernverkehr die Bahn zu nutzen, wird die Umsatzsteuer für Zugtickets auf 7% gesenkt.

Zudem wurde die Luftverkehrssteuer erhöht, um einen Anreiz für den Umstieg vom Flugzeug auf die Bahn zu setzen. Die Erhöhung ist nach Distanzklassen gestaffelt, das heißt bei längeren Flügen steigt die Steuer mehr als bei kürzeren. Bei Flügen im Inland und ins europäische Ausland steigt die Steuer auf 13,03 Euro (+5,65€), bei Mittelstrecken bis 6000 Kilometer auf 33,01 Euro (+9,96€) und bei Fernstrecken auf 59,43 Euro (+18€). Die Mehreinnahmen werden für die Absenkung der Umsatzsteuer bei der Bahn verwendet. ■